

Streit um Polizeikosten: Berlin bleibt auf eigenen Ausgaben sitzen!

Berliner Zeitung berichtet über die laufende Debatte zu Polizeikosten für Hochrisikospiele und das Urteil des Bundesverfassungsgerichts.



In Berlin sorgt ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts für hitzige Debatten: Geht es um Hochrisikospiele im Fußball, stehen nicht nur fanatische Anhänger auf der Tribüne, sondern auch ein massives Polizeiaufgebot im Einsatz. Diese Einsätze kosten viel Geld, und die zentrale Frage bleibt: Wer zahlt? Die Innensenatorin Iris Spranger (SPD) hat klargemacht, dass Berlin trotz des Urteils keine finanziellen Beiträge von den Fußballvereinen Hertha BSC und 1. FC Union Berlin fordern will. Das stößt auf Widerstand, insbesondere von Seiten der Polizeigewerkschaft (GdP), die Spranger vorwirft, sich der Verantwortung zu entziehen, wie [berliner-zeitung.de](https://www.berliner-zeitung.de) berichtete.

Die Gewerkschaft äußert sich unmissverständlich: „Es ist nicht nachvollziehbar, warum das für Berlin kategorisch abgelehnt wird“, erklärte Stephan Weh, der Landesvorsitzende der GdP. Die Möglichkeit, die Vereine an den Kosten für Polizeieinsätze zu beteiligen, wäre ein wichtiger Schritt zur Verantwortung und zur Minimierung von Fanausschreitungen. Spranger hingegen hält weiterhin an ihrer Position fest und plant keine Änderungen, was auch in den Reihen der Polizei für Verständnislosigkeit sorgt. Sie soll sowohl von der Sportabteilung als auch von der für innere Sicherheit beraten worden sein, was in den Polizeikreisen für Kopfschütteln sorgte. Währenddessen steht die Deutsche Fußball Liga (DFL) mit ihrer Klage gegen die Kostenregelung vor dem Bundesverfassungsgericht auf der Verliererstraße und zeigt sich enttäuscht über die gerichtliche Entscheidung, wie [moz.de](https://www.moz.de) berichtete.

Kritische Stimmen hinter dem Urteil

Das Urteil vom 14. Januar 2025, das die Möglichkeit einer Kostenbeteiligung für die Vereine vorsieht, veranlasst nicht nur in Berlin zu Diskussionen, sondern könnte auch Auswirkungen auf andere Bundesländer haben, wie Weh betont: „Die wachsende Zahl an Großveranstaltungen bindet extreme personelle Kapazitäten“. Der Fall deckt ein tiefgehendes Problem auf: Während die Stadt viel Geld in die Sicherheit investieren muss, profitierte die DFL über Jahre von großen Zuschauermengen und Einnahmen, ohne sich an den zusätzlichen Kosten zu beteiligen.

In Berlin bleibt die Thematik um die Kostenbeteiligung kontrovers. Für die SPD ist Sprangers Position alles andere als unumstritten, während auch aus Brandenburg erste Stimmen für Kostenbeteiligungen zu hören sind. Ein spannendes Kapitel im deutschen Fußball, das noch lange nicht abgeschlossen ist.

Berliner Zeitung

Details

Quellen

- www.berliner-zeitung.de
- www.moz.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de